

Eine Prozession zum Gedenken der Opfer der US-Außenpolitik

Mit dem 11. September ist erneut klar geworden, dass es für Terror keine Rechtfertigung gibt und neben den Tätern die "sauberen" Hintermänner, Finanziere und Strategen von Terrorakten identifiziert und verurteilt werden müssen. Opfer von Terrorakten sind in erster Linie Menschen, die das Recht auf Leben haben.

In der öffentlichen Meinung wird so getan, als wäre mit dem Taliban-Regime, Al-Qaida und dem "Islamismus" der Hintergrund des Terrors ausreichend erklärt. Gerne wird in den Hintergrund gedrängt, dass bis September 2001 westliche Geheimdienste die Taliban unterstützten und über den pakistanischen Geheimdienst ISI und die saudiarabische Regierung Geld und Waffen nach Afghanistan flossen. Das Handwerkzeug des Terrors und die Stinger-Raketen hat sich Al-Qaida nicht selbst gebastelt, sondern wurde ihnen im und nach dem Krieg gegen die Russen von der "westlichen Wertegemeinschaft" geliefert. Als dieser weit geöffnete Hahn im Oktober plötzlich abgedreht wurde, brach das Taliban Regime wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Oh Wunder. Manch ein "böser" Warlord der Taliban wechselte einfach die Seiten und findet sich nun als "weiß gewaschener und guter" Warlord auf Seiten der Nordallianz.

Ein ähnliches Muster war bereits im Golfkrieg zu beobachten. Der im Krieg gegen den Iran Khomeini reichlich mit westlichen Waffen versorgte Saddam Hussein wurde nach der Besetzung Kuwaits plötzlich als "der böse Diktator" schlechthin erkannt und medienwirksam verteufelt. Zuvor hatte man sein Regime tatkräftig unterstützt und auch Iraks Einsatz von Giftgas im Irankrieg war kein Grund, die Waffenlieferungen einzustellen. Ganz bewusst wurde das Regime von Saddam Hussein im US-Golfkrieg nicht gestürzt, da es als "Stabilitätsfaktor" in dieser Ölregion gilt. Ein demokratisches Regime im Irak hätte einen zu großen Unsicherheitsfaktor dargestellt und so wurde die Auslöschung der irakischen Opposition durch Saddam billigend in Kauf genommen.

Wie ein roter Faden zieht sich diese verlogene Handlungsweise durch die westliche Außenpolitik, insbesondere die der USA: Terror wird gefördert, dafür ausgebildet und sogar gefeiert (z.B. Pinochet in Chile), wo er ökonomisch und strategisch sinnvoll erscheint. Schert dann einer der Täter aus der ihm vorgegebenen Rolle aus, wird ihm auf die Finger geklopft und das ganze noch medienwirksam als "Befreiung" und Rechtfertigung von erneutem Krieg und Terror gegen die Zivilbevölkerung verkauft.

Auch wenn die USA traditionell als Land der Freiheit gelten und im Laufe der Jahrzehnte für viele Emigranten aus vielen Ländern der Welt, in denen Krieg, Diktatur und politische Verfolgung herrschten, Zuflucht gewesen sind: Seit dem 11. September haben sich die Verhältnisse im Innern drastisch verschlechtert, eine allgemeine Hysterie in der Verfolgung des neuen Feindes ist ausgebrochen. Und auch nach Außen ist mit dem "Krieg gegen den Terrorismus" eine neuerliche Verschärfung des weltweit repressiven politischen Kurses in Szene gesetzt worden. Es ist in dieser Situation wichtig, die Augen dafür zu öffnen, dass die USA in ihrer Außenpolitik spätestens mit Beginn des 20sten Jahrhunderts immer mit allen Mitteln ihre Expansions-Interessen verfolgt haben. Freiheit und Demokratie ja, aber nur nach innen, nach außen lediglich soweit, wie nicht die US-Interessen was anderes, z.B. die Erzeugung, Förderung und laufende Unterstützung von Terror, Gewalt, Diktatur erforderlich gemacht haben.

Wir erinnern mit unserer Prozession an die Millionen von Opfern von Terror und Krieg durch die westliche Wertegemeinschaft und fordern eine Ende dieser verlogenen Politik. Terror und seine Unterstützung dürfen nach dem 11. September nicht weiter Mittel "unserer" Außenpolitik sein. Es muss endlich Schluss sein mit diesen scheinheiligen "Kreuzzügen"!

Philippinen 1948 - 1954

Die "Antijapanische Volksarmee" HUK hatte große Teile der Philippinen befreit. Erst gegen Ende kamen US-Truppen, richteten eine den mächtigen Großgrundbesitzern und den USA nahestehende Regierung unter Manuel Roxas ein. 1947 sicherten sich die USA die Souveränität über 23 Militärstützpunkte für 99 Jahre gesichert. In den folgenden Jahren gingen sie gegen die HuK vor, indem sie das philippinische Regime militärisch aufrüsteten und ausbildeten. Die HuK hatte die Enteignung der Großgrundbesitzer gefordert. 1950 führten die USA und zusammen mit dem Roxas-Regime einen Vernichtungsfeldzug gegen die HuK mit zehntausenden Opfern. Bis in die neunziger Jahre unterhielten die USA Stützpunkte.

Iran 1953

1951 wird der konservative Mossadegh Ministerpräsident Irans und setzt sein populäres Programm um, die iranischen Ölquellen im Besitz von amerikanischen und britischen Firmen zu nationalisieren. Daraufhin planen CIA und britischer Geheimdienst den Sturz der Regierung Mossadegh, indem sie den Schah von der Machbarkeit eines Putsches überzeugen. Millionen von US-Dollar fließen zunächst in Projekte, um Mossadeghs Regierung zu diskreditieren, der Schah entlässt Mossadegh 1952, muss ihn aber aufgrund politischen Drucks der iranischen Bevölkerung wieder in sein Amt einsetzen. Ab 1951 wird iranisches Öl boykottiert und der Transport durch westliche Tanker verweigert. Im August 1953 stürzen rechte Militärs und Anhänger des Schah unter Anführung von CIA-Mitarbeitern die Regierung Mossadeghs. In der Folge werden die Führer der politischen Opposition verhaftet und teilweise wie 1954 der ehemalige Außenminister Dr. Fatemi getötet. Die Demokratie wird abgeschafft. Der Schah errichtet eine blutige Militärdiktatur, deren rückhaltlose Unterstützung durch die "zivilisierte Welt" 1967 beim Besuch des Schah in Deutschland zu den Studentenunruhen führt. Das berüchtigte Terrorregime des Schah folterte und ermordete tausende IranerInnen und zwang weitere Tausende in die Flucht. (New York Times Juni 2000: Dokumente über die Federführung der CIA und des britischen Geheimdienstes beim Sturz Mossadeghs)

Guatemala 1954

In den Nachkriegsjahren hatte sich eine reformkapitalistische Politik unter Präsident Arbenz Guzman etabliert. 1952 beschloss seine Regierung eine Agrarreform, bei der die amerikanische United Fruit Company 75% ihrer Ländereien gegen Entschädigung abgeben musste. Der amerikanische Außenminister John Foster Dulles und sein Bruder Allen Dulles (CIA-Direktor) waren allerdings beide direkte United-Fruit-Manager, der eine als Firmenanwalt und Aktionär, der andere als Präsident. Auf United-Fruit-Gelände im benachbarten Honduras wurde eine Söldnerarmee unter Leitung des Oberst Armas und des CIA-Obersten Rutherford aus dem Boden gestampft. Zur gleichen Zeit wird im Nachbarland Nicaragua die "Somozagarde" aufgebaut. Am 16.6.1954 waren die Vorbereitungen abgeschlossen, Dulles rief zum Sturz der Regierung auf. Am 18.6. begann der Einmarsch der Armas-Söldner von Honduras nach Guatemala. Am 27.6. zog sich die Regierungs-Armee zurück, am 3.Juli wurde Armas Präsident, am 6.7. erhielt United Fruit die Ländereien wieder zurück und amerikanische Erdöl-Konzerne bekamen Konzessionen. Innerhalb der nächsten 2 Monate ermordete die neue Regierung ca. 8000 Bauern. Bis in die neunziger Jahre wurde Guatemala von US-freundlichen Militärregimen regiert, die zehntausende oppositionelle Bauern, Indios und Christen verschwinden und ermorden ließen.

Kuba 1959

Nach dem Sturz der US-freundlichen Diktatur Batistas durch Fidel Castro und seiner Guerilla im Januar 1959 versuchen die USA in Kuba offen und verdeckt die Regierung zu stürzen. Als die neue Regierung im Mai 1959 eine Enteignung der Großgrundbesitzer, darunter vieler US-Bürger, beschließt, verhängen die USA eine Wirtschaftsblockade und beginnen Kriegsvorbereitungen. Am 17. April 1961 beginnt die Invasion der von den USA ausgerüsteten und vom CIA angeleiteten Exilkubaner und Söldner in der Schweinebucht. Sie wird blutig zurückgeschlagen und hinterlässt hunderte von Opfern. Nach einer kurzen Spannungs- und Öffnungsphase während der Carter-Ära wird das Wirtschaftsembargo unter Reagan zur einer Erpressung auch nicht US-amerikanischer Firmen ausgeweitet. Wer mit Kuba Handel treibt, muß mit dem Verbot seiner Geschäfte in den USA rechnen. Diese Regelung verstößt gegen alle Grundprinzipien des freien Welthandels und erinnert an mafiose Erpressungstechniken. Daneben gehen Sabotageakte, Attentatsversuche und der "bakteriologische Krieg" (z.B. Schweinepesterreger) gegen Kuba bis heute ungestraft weiter. "Es gibt keinen vergleichbaren Fall, in dem eine Macht gegen eine andere - hier die größte Supermacht gegen ein kleines Drittweltland - in so unnachgiebiger Weise vierzig Jahre lang mit Terror und ökonomischer Kriegsführung vorgegangen wäre." (Chomsky). Bis heute halten die USA auch einen kleinen Landstrich auf Kuba besetzt, den sie zu ihrer Militärbasis Guantanamo ausgebaut haben und wo sie gerade gefangene Taliban-Krieger in Käfigen internieren.

Kongo-Zaire 1960-1977

Nachdem die Macht nicht mehr zu halten ist, entlässt Belgien 1960 den Kongo in einem äußerst kritischen Zustand in die Unabhängigkeit. Verschiedene Gruppierungen (CNC, Lumumba, Maoisten, Mobuto ...) bekämpfen sich und die USA unterstützen verdeckt und später offen den späteren Militärdiktator Mobuto. Im Verlauf des Bürgerkrieges sterben über 100.000 Menschen, Mobuto stürzt den demokratisch gewählten Präsidenten Lumumba und läßt in später unter ungeklärten Umständen ermorden. Ebenso läßt er den Führer des CNC Mulele 1968 hinrichten. Ab 1965 errichtet Mobuto sese Seko mit Unterstützung der USA und Belgien eine der korruptesten Militärdiktaturen Afrikas. Verbot und Verhaftungen oppositioneller Gruppen, Morde, Folterungen, Korruptionsskandale und der Ausverkauf der Rohstoffe in der Provinz Shaba kennzeichnen das 32 Jahre dauernde Regime Mobutos. Das Vermögen des Mobuto-Clans wurde 1991 von der Weltbank auf rund 10 Milliarden US-Dollar geschätzt, was etwa dem damaligen Auslandschuldenstand des Landes entspricht.

Indonesien 1965

Ca. 500.000 Menschen wurden 1965 umgebracht, angezettelt von Suharto, der in der Folge den für die USA unliebsam gewordenen Sukarno ablöste. Dies geschah mit militärischer Unterstützung der USA unter dem Vorwand eines angeblich drohenden kommunistischen Umsturzes. "Die Massenmorde von 1965, deren Opfer zumeist Bauern ohne Landbesitz waren, garantierten, dass Indonesien keine Bedrohung a la Kuba sein würde - keine "Infektion", die sich in Südasien "nach Westen ausbreiten" würde, wie George Kennan 1948 befürchtete, als er "das indonesische Problem" für den "wichtigsten" Gesichtspunkt im "Kampf gegen den Kreml" hielt, der damals noch kaum abzusehen war." (Chomsky, Rogue States, S.10; Lexikon der Völkermorde).

Ost-Timor 1975-1999

60- 200.000 Opfer sind bis 1999 im Konflikt um Ost-Timor zu beklagen. 1975 eroberten indonesische Streitkräfte Ost-Timor. Daraufhin forderte der UN-Sicherheitsrat Indonesien auf, sich umgehend zurückzuziehen. Die USA sorgten dafür, dass "jegliche von den Vereinten Nationen ergriffenen Maßnahmen erfolglos bleiben" würden (Memoiren UN-Botschafter Moynihan). Im Jahre 1999 werden 3.000-5.000 Menschen von den "Kopassus"-Kommandos, die von den USA ausgebildet und bewaffnet wurden, getötet, 750.000 Menschen, 85% der Bevölkerung, wurden vertrieben und das Land praktisch zerstört.

El Salvador 1980-1992

Gegen die Diktatur von Militär und Großgrundbesitzern regt sich seit Anfang der 1970er Jahre Protest der Bevölkerung. Die Forderungen nach sozialen Reformen und demokratischen Wahlen werden jedoch blutig unterdrückt. Es entstehen ab 1975 verschiedene Guerillagruppen, die 1981 eine Generaloffensive starten. Die USA unterstützen das Regime der Militärs durch Waffenlieferungen, Sicherheitsberater, Ausbildung, Geld und den Einsatz von Flugzeugen und erreichen so ein blutiges 11 Jahre dauerndes Patt. Bis 1992 sterben im Bürgerkrieg - vor allem aufgrund des brutalen Vorgehens der Sicherheitskräfte und der Todesschwadronen - mindestens 75.000 Menschen. 1992 wird unter Vermittlung der UNO ein Friedensabkommen geschlossen und es finden erstmals freie Wahlen statt.

Chile 1973 - 1990

1970 gewinnt Salvador Allende die Wahlen in Chile und beginnt mit der Verstaatlichung zahlreicher US-Firmen und der Einführung von Sozialprogrammen. US-Banken organisierten einen Kredit-Boycott, so dass Chile international keine Kredite mehr gewährt wurden und Exporte durch Zölle und Klagen behindert wurden. Die CIA beginnt mit der massiven Unterstützung oppositioneller Gruppen, Zeitungen und finanziert mehrere wochenlange Streiks privater Transportunternehmer. 1973 beginnt eine Serie von Bombenanschlägen. Belegt ist u.a. die US-Beteiligung an dem Mord des pro-Allende Generals Scheider. Doch die Destabilisierungsmaßnahmen erreichen auch nach 3 Jahren ihr Ziel nicht. Der CIA nutzt nun seine guten Kontakte zu rechtsgerichteten Militärs. Im September 1973 putscht General Pinochet - ausgebildet wie viele andere Militärs in US-Trainingscamps - tötet Allende und seine Regierung. 7000 Personen werden im Fußballstadion Santiagos gefoltert und zum Teil getötet. Die demokratische Verfassung wird außer Kraft gesetzt, sowie Parteien und Gewerkschaften verboten. 18 Tage nach dem Putsch erkennen die USA die neue Regierung an. Pinochet macht die Enteignungen rückgängig unterhält im Gegenzug Kredite und Militärhilfe. Zehntausende Chilenen müssen flüchten. 1990 geht die Macht an eine zivile Regierung über, die 1991 in einem offiziellen Bericht feststellt, dass unter Pinochet mindestens 2025 Personen nachgewiesener Weise ermordet wurden.

Nicaragua 1979 - 1990

Wie 1959 auf Kuba stürzt eine nationale Guerilla-Bewegung (die FSLN unter Führung der Sandinisten) eine US-freundliche und besonders brutale Diktatur, die der Somozas. Bis zuletzt versuchen die USA das Regime der Somozas zu retten und scheitern am 21. Juni 1979 mit Ihrem Vorschlag an die OAS (Org. amerikan. Staaten), mit einer internationalen Interventionstruppe in Nicaragua einzugreifen, da das Somoza-Regime in Lateinamerika nahezu isoliert war. Das Somoza-Regime war in der letzten Phase dazu übergegangen, die eigene Bevölkerung mit von den USA gelieferten Flugzeugen und Waffen zu bombardieren.

Am 19.7. 1979 übernimmt die FSLN die Macht in Nicaragua und 1984 werden die Sandinisten in freien und international beobachteten Wahlen bestätigt. Das hält die US-Regierung nicht davon ab, ab 1979 ehemalige Nationalgardisten der gestürzten Somoza-Diktatur und oppositionelle Miskito-Indianer mit Waffen zu versorgen und in Terror-Techniken gegen die Zivilbevölkerung auszubilden. 1979 beginnt der schmutzige Krieg der Contra, der innerhalb von 10 Jahren ca. 60.000 Menschenleben fordert. Sie sprengen Brücken und Krankenhäuser, verüben Massaker und entführen und ermorden regierungsfreundliche Dorf- und Stadträte. In Verbindung mit der US-amerikanischen Wirtschaftsblockade und der Verminung von Häfen wird das kleine Nicaragua in den ökonomischen Ruin getrieben und der Lebensstandard der Bevölkerung auf das Niveau der 50er Jahre zurückgeworfen. Erschöpft von Krieg und Wirtschaftskrise wählen die Nicaraguaner 1990 die sandinistische Regierung ab und die USA stellen angesichts des Erfolgs Ihrer Blockade- und Terrorpolitik die Unterstützung der Contra ein.

Iran - Irak Krieg 1980 - 1988

Nach dem Sturz des Schah und den einsetzenden Revolutionswirren im Iran sieht Saddam Hussein die Chance, einen siegreichen Krieg gegen den Iran zu führen. Rückendeckung erhält er von den USA und westlichen Ländern durch umfangreiche Waffen-lieferungen. Dadurch wird der nach 2-3 Jahren eigentlich verlorene Krieg um weitere 5-6 Jahre verlängert. Das Ziel der westlichen Unterstützung ist der Sturz oder zumindest die Schwächung des Khomeini-Regimes. Selbst nach Einsatz von Giftgas sieht die "zivilisierten Welt" keine Veranlassung, mit ihrem Partner Saddam zu brechen. Die Technik zur Giftgasfabrikation erhält Saddam aus westlichen Staaten, u.a. aus Deutschland. Die Angaben zu den Opfern des Krieges schwanken zwischen 300.000 und 1.5 Mio.

Grenada 1983

Vom 24.10.1983 - 1.11.1983 erobern US-Truppen den kleinen Inselstaat, da der Reagan-Administration die "Revolutionäre Volksregierung" (PRG) unter Ministerpräsident Maurice Bishop nicht gefällt. Es kommen 100 Menschen um und die "gewünschte Ordnung" in der Ostkaribik ist wieder hergestellt. Zweifel oder Kritik an der Invasion eines fremden Landes, die einen offenen Bruch des Völkerrechts darstellt, kommen in den USA nicht auf. Im Gegenteil gewinnt die Regierung unter Reagan durch diese "erfolgreiche Operation" innerhalb der Bevölkerung und des Kongresses an Legitimation.

Panama 1989

Am 20. Dezember 1989 starten die USA die Invasion Panamas, um das ihnen missliebig gewordene Regime von Diktator Noriega zu stürzen. Er hatte auf Rückgabe des Panamakanals gemäß den Kanalverträgen bis 1999 bestanden. Bereits in der Invasionsnacht wird eine US-freundliche Regierung auf einem US-Stützpunkt in Panama vereidigt. In dem 5 Tage brutalst geführten Krieg sterben ca. 7.000 Menschen und 15.000 werden obdachlos. Noriega wird in die USA verbracht und wegen Drogenhandels verurteilt. Die amerikanischen Interessen am Panamakanal können auf diese Weise dauerhaft "gesichert" werden.

2. Golfkrieg Irak 1991

Nachdem irakische Truppen Ende 1990 den Kuwait besetzen (nicht ohne davon das bis dahin "freundlich" gesonnene US-State Department in Kenntnis zu setzen), wird Saddam Hussein vom bisher "guten Diktator" zum "bösen Schurken" erklärt, da er die Ölversorgung der "zivilisierten Welt" bedroht. Das Problem, dass Husseins blutige Diktatur vom Westen hochgerüstet und mit Giftgastechnik versorgt wurde, lässt sich durch den 2. Golfkrieg im Januar 1991 elegant lösen. Der Irak wird unter Führung der USA zwar massiv angegriffen und vernichtend geschlagen, Saddam Hussein und seine Diktatur bleiben aber unangetastet, da sie als Stabilitätsfaktor gegen den Iran weiter genutzt werden soll. Als Ergebnis dieser zynischen Operation "Desert Storm" bleiben 100.000 - 120.000 getötete Soldaten, 60.000 - 80.000 getötete Zivilisten, eine vernichtete irakische Opposition im Süden und tausende vergaste Kurden im Norden zurück. Auf Seiten der alliierten Truppen sind 343 Tote zu beklagen.

Haiti 1994

Haiti ist die zweitälteste Republik der Neuen Welt, seit 1804. Trotzdem wurde die Herrschaft immer von einer Oberschicht von Militärs und Geschäftsleuten ausgeübt. US-Interventionen waren im 20ten Jahrhundert ganz selbstverständlich. Die politische Basis war die Roosevelt-Ergänzung der Monroe-Doktrin, nach der den USA die Herrschaft über die Karibik beanspruchte. In den 50er Jahren wurde die Duvalier-Diktatur installiert, nach dem Vorbild Guatemalas. 1985 kam es zu einer Revolte gegen den Duvalier-Clan, an deren Spitze der Befreiungstheologe Aristide stand. Er wurde nach einem überwältigenden Wahlerfolg 1990 gegen den US-Kandidaten Bazin im Februar 1991 Präsident, allerdings nur bis zu einem Militärputsch im September. Da die folgende Militär-Diktatur ihre Geschäfte allzu blutig verfolgte, noch dazu im Gegensatz zu einem in der Welt geachteten Aristide, schwenkten die USA um und brachten 1994 Aristide an die Macht zurück.

Philippinen 2002

Die Philippinen sind zum wiederholten Male Schauplatz US-militärischen Eingreifens. Sah es nach Afghanistan so aus, als würden die US-Streitkräfte relativ rasch gegen "Schurkenstaaten" wie Somalia oder Irak vorgehen, sah man sich eines besseren belehrt:

Mitte Januar eröffneten die USA auf den Philippinen die sogenannte "zweite Front im Kampf gegen den multinationalen Terrorismus". Auf Mindanao und in der Sulu-See, Südostasiens ältester Konflikt-Region, herrscht der Ausnahmezustand. 660 amerikanische GIs ziehen gemeinsam mit philippinischen Kompagnons in den Krieg. Dessen vorrangiges Ziel ist es, die Abu Sayyaf Gruppe (ASG) auf der Insel Basilan auszumerzen.

Da die philippinische Verfassung den Einsatz fremder Truppen auf eigenem Boden verbietet, sind die amerikanischen Soldaten angeblich nur da, um philippinische Soldaten zu trainieren. Alles deutet auf einen mit US-Unterstützung geführten "low intensity conflict" hin, der aber zu größeren kriegerischen Auseinandersetzungen eskalieren kann. Die bewaffneten Verbände der für Unabhängigkeit kämpfenden Moro islamischen Befreiungsfront (MILF) und der von der Kommunistischen Partei geführten Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA) haben seit dem Sommer 2000 großen Zulauf erhalten und würden einen Angriff nicht



Die Friedens AG ist Teil von ATTAC Hamburg und bearbeitet den Zusammenhang von Globalisierung und Krieg. Wir verstehen uns als Teil der Antikriegsbewegung und wollen diese deutlich stärken.

Wir treffen uns jeden 2. und 4. Dienstag in der Verbraucherzentrale, Kirchenallee 22, (nähe HBF) ab 19,30 Uhr.
Kontakt: Conni, Tel.: 33395847 Aktuelle Infos stehen auf www.attac-netzwerk.de/hamburg unter Frieden.

Das Plenum von ATTAC Hamburg findet jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat um 19.30 Uhr im Curiohaus (GEW), Rothenbaumchaussee 15, Räume A/B/C, statt.
Kontakt: Anne, Tel.: 040/ 3571 5831 oder Astrid, Tel.: 040/ 4192 4824
Aktuelle Infos stehen auf www.attac-netzwerk.de/hamburg



V.i.S.d.P.: R. Stradman, c/o attac hamburg